

MPI Studies in Tax Law and Public Finance

Band 13

Reihe herausgegeben von

Kai A. Konrad, Department of Public Economics
Max Planck Institute for Tax Law and Public Finance
Munich, Deutschland

Wolfgang Schön, Department of Business and Tax Law
Max Planck Institute for Tax Law and Public Finance
Munich, Deutschland

The series MPI Studies in Tax Law and Public Finance focuses on legal and economic research in the field of tax and business law as well as public finance and public economics. Its general purpose is devoted to fundamental academic work on the interaction of the state and its subjects. This includes core work on the law of taxation and on the economic implications of the tax system. Moreover, general features of government action and private activities in different regulatory areas are examined on a legal, economic or interdisciplinary basis. Major issues of national and international taxation like international tax competition or multinational firm structures are discussed as well as related issues like public and corporate governance. Edited by the Max Planck Institute for Tax Law and Public Finance, much of the work published in this series refers to research done and conferences held at this major academic institution.

Wolfgang Schön • Fabian Kratzlmeier

(Teil-)Föderalisierung der Erbschaft- und Schenkungsteuer

Folgenabschätzung einer föderalen Freigabe der Immobilienbewertung, der persönlichen Freibeträge und des Steuertarifs im Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht

Mit Beiträgen von Daniel Deranco, Jakob Dürr, Andrés Baéz Moreno, Alexander Eisenmann, Elias Erdem, Benedikt Foltmann, Evgeniya Lechtman, Julian P. Naumann, Aitor Navarro, Julian Prinz, Roberto Ramos, Katharina Spaeth und Aenne Wulferding



MAX PLANCK
GESELLSCHAFT



Wolfgang Schön
Abteilung für Unternehmens- und
Steuerrecht
Max-Planck-Institut für Steuerrecht und
Öffentliche Finanzen
München, Deutschland

Fabian Kratzlmeier
Abteilung für Unternehmens- und
Steuerrecht
Max-Planck-Institut für Steuerrecht und
Öffentliche Finanzen
München, Deutschland



ISSN 2196-0011 ISSN 2196-002X (electronic)
MPI Studies in Tax Law and Public Finance
ISBN 978-3-662-74050-7 ISBN 978-3-662-74051-4 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-662-74051-4>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk wurde gefördert durch Max-Planck-Gesellschaft und Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en) 2026. Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation.

Open Access Dieses Buch wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor*in(nen) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Buch enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des/der betreffenden Rechteinhaber*in einzuholen. Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jede Person benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des/der jeweiligen Zeicheninhaber*in sind zu beachten.

Der Verlag, die Autor*innen und die Herausgeber*innen gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autor*innen oder die Herausgeber*innen übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer-Verlag GmbH, DE und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin, Germany

Wenn Sie dieses Produkt entsorgen, geben Sie das Papier bitte zum Recycling.

Vorwort

Die deutsche Erbschaftsteuer ist unter permanentem Reformdruck. Einerseits stellt das Verfassungsrecht, namentlich der Gleichheitssatz des Grundgesetzes, erhebliche Anforderungen an die Ausgestaltung der Bemessungsgrundlage der Erbschaftsteuer, namentlich im Hinblick auf die Bewertung und steuerliche Erfassung von Grundvermögen und von Betriebsvermögen. Das Bundesverfassungsgericht hat diese verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen bisher in drei Grundlagenentscheidungen aus den Jahren 1995, 2006 und 2014 entfaltet, ohne jedoch ein abschließendes Urteil über die Reichweite des gesetzgeberischen Gestaltungsspielraums gefällt zu haben. Der Gesetzgeber wiederum sieht sich innerhalb dieses grundgesetzlichen Gefüges unterschiedlichen steuerpolitischen Postulaten ausgesetzt: Einer stärker fiskalisch geprägten und zugleich von Umverteilungsidealen gekennzeichneten Sichtweise steht eine dezidiert wirtschaftspolitische, auf Entlastung von Unternehmen und Bürgern gerichtete Perspektive gegenüber. Die letzte große Reform der Erbschaftsbesteuerung aus dem Jahre 2016 hat diese Gegensätze nicht befrieden können und mit einer kompromisshaften, nämlich inhaltlich weitreichenden, zugleich aber technisch komplizierten Befreiung der betrieblichen Vermögenswerte von der Erbschaftsteuerlast neues Kritikpotenzial hervorgerufen. Zufrieden mit der gegenwärtigen Gestalt der Erbschaftsteuer – so scheint es – ist eigentlich niemand.

Eine mögliche Lösung der steuerpolitischen Gegensätze wird darin gesehen, die Gesetzgebungshoheit zur Erbschaftsbesteuerung zumindest teilweise auf die Bundesländer zu verlagern, denen ohnehin der Ertrag dieser Steuer zusteht und die mit ihrer Verwaltung betraut sind. Dieses Vorgehen ist nicht nur Gegenstand finanzpolitischer Debatten auf Bundes- und Länderebene, sondern es hat auch Eingang in den verfassungsrechtlichen Diskurs um die Grenzen der Bundesgesetzgebung auf dem Gebiet der Ländersteuern gefunden. Nach Art. 105 Abs. 2 Satz 1 GG besitzt der Bund die (konkurrierende) Gesetzgebungskompetenz über die „übrigen Steuern“, soweit er an ihrem Aufkommen nicht beteiligt ist, nur unter den Voraussetzungen des Art. 72 Abs. 2 GG, das heißt „wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung

erforderlich macht“. Auch für die Erbschaftsteuer gilt mithin, dass das in Kraft befindliche bundeseinheitliche Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz in allen seinen Teilen diesen Ansprüchen einer konkurrierenden Gesetzgebung genügen muss.

Für die erbschaftsteuerliche Behandlung von Betriebsvermögen hat der Erste Senat bereits in seinem Urteil vom 17.12.2014 (1 BvL 21/12) die Zulässigkeit einer bundesgesetzlichen Regelung im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung festgestellt. Die weitergehende Frage, ob auch die für die Vererbung und Schenkung von Grundstücken zentralen Vorschriften des Erbschaftsteuergesetzes – konkret: die Vorschriften über die Bewertung von Grundstücken, die persönlichen Freibeträge und die Tarifgestaltung der Erbschaftsteuer – von Verfassungs wegen der Landesgesetzgebung vorbehalten sind, ist aktuell in einem von der Bayerischen Staatsregierung in Gang gebrachten Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig (1 BvF 1/23). Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat in diesem Verfahren von § 27a BVerfGG Gebrauch gemacht und dem Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen auf Basis eines Fragenkatalogs Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben (der Fragenkatalog des Senats ist im Anhang unter 10.1 abgedruckt). Das Institut hat diese Stellungnahme in den Monaten Juni bis August 2025 erarbeitet und dem Senat für das Verfahren zur Verfügung gestellt. Sie ist im Wesentlichen darauf gerichtet, die rechtlichen und praktischen Folgen einer (Teil-)Föderalisierung der Erbschaftsteuer aufzuzeigen.

Bei der Erarbeitung dieser Stellungnahme hat sich gezeigt, dass es in Deutschland an einer wissenschaftlichen und systematischen Aufarbeitung der Konsequenzen einer Föderalisierung zentraler erbschaftsteuerlicher Vorschriften fehlt. Dies betrifft in erster Linie die steuerlichen und kautelarjuristischen Konsequenzen, die aus einem (teil-)föderalisierten Erbschaftsteuerrecht für die korrekte Anwendung des Steuerrechts, aber auch für die tägliche Praxis der Steuerverwaltung und der rechtsberatenden Berufsstände resultieren. Je nach Anknüpfungspunkt eines (teil-)föderalisierten Erbschaftsteuerrechts (Wohnsitz des Erblassers/Schenkers, Wohnsitz des Erben/Schenkungsempfängers, Belegenheit der übertragenen Vermögenswerte) kommen unterschiedliche Rechtsfolgen zur Geltung, deren Auswirkungen auf die innere Logik des Erbschaftsteuerrechts, auf die Planbarkeit der Vermögensübertragung zwischen den Generationen und auf die Wahrung der Besteuerungsgleichheit einer strengen Prüfung unterzogen werden müssen. Zugleich muss der Blick geweitet werden auf Szenarien eines innerdeutschen „Steuerwettbewerbs“ um die Ansässigkeit von Vermögensinhabern oder deren Erben sowie auf (erbschaft-)steuerinduzierte Marktverzerrungen durch Nachfrageverschiebungen in Abhängigkeit von der Belegenheit von Immobilien und der dort jeweils zu erwartenden Steuerlast. Von großem Nutzen ist für diese Untersuchungen der Zugriff auf Erfahrungen aus anderen Jurisdiktionen mit regionalisierter Erbschaftsteuer, wie sie uns in der Schweiz, in Spanien und in den Vereinigten Staaten begegnen, wo infolge der Regionalisierung stets auch eine Absenkung des durchschnittlichen Steuerebeneaus sowie teilweise steuerinduzierte Wanderungsbewegungen zu beobachten waren. Und nicht zuletzt lassen sich die finanziellen Auswirkungen eines regionalisierten Erbschaftsteuerrechts nicht ohne einen Blick auf das Regelwerk zum bundesdeutschen Finanzausgleich analysieren, der zwischen den Bundesländern auch bei

Freigabe wesentlicher Stellschrauben (zum Beispiel der Freibeträge oder der Steuersätze) weiterhin substanzielle Umverteilungswirkungen zwischen den Länderhaushalten erzeugt.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns dazu entschieden, die am Münchner Max-Planck-Institut entwickelten Argumente und Analysen in diesem Band einer breiteren Fachöffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Weit über das anlassgebende Normenkontrollverfahren und dessen kompetenzrechtliche Fragestellungen hinaus soll dem Leser ein Eindruck von den Komplexitäten und Konsequenzen eines (teil-)föderalisierten Erbschaftsteuerregimes vermittelt werden. Wir sind davon überzeugt, dass ein begründetes (auch steuerpolitisches) Urteil über die Tauglichkeit eines solchen Besteuerungsmodells nur gelingen kann, wenn bei den steuerpolitisch Verantwortlichen die Bereitschaft besteht, sich – jenseits individueller fiskal- oder sozialpolitischer Grundströmungen – in die tatbestandlichen Details und die steuerlichen Folgerungen eines (teil-)föderalisierten Erbschaftsteuerrechts konkret hineinzuendenken. In diesem Sinne hoffen wir auf das Interesse der Fachwelt in Steuerrecht und Steuerpolitik.

Die Verfasser danken ganz besonders Daniel Deranco und Jakob Dürr sowie allen weiteren Mitautoren und -autorinnen aus dem Kreis der wissenschaftlichen Referenten und Mitarbeiter am Max-Planck-Institut, die mit ihren hochwertigen detaillierten Entwürfen dazu beigetragen haben, dass dieses Werk in wenigen Monaten vollendet werden konnte. Ihre persönlichen Beiträge werden an jeweiliger Stelle im Haupttext kenntlich gemacht. Die Verfasser danken sehr herzlich Dr. Georg Thuncke für wertvolle Hinweise aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht sowie den studentischen Hilfskräften Michael Benning, Katharina Eichinger, Felix Gottlob, Lukas Hefter, Samuel Reiter und Michael Wernberger für ihre redaktionelle Unterstützung.

München, Deutschland
15. Januar 2026

Wolfgang Schön
Fabian Kratzlmeier

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	1
1.1	Forschungsfrage, Forschungsanlass und Forschungsbedarf	1
1.2	Gang der Untersuchung	6
2	Spannungsfelder und Systembrüche des Erbschaftsteuerrechts	9
2.1	Die Kombination erbanfall- und nachlassbezogener Elemente im geltenden Erbschaftsteuerrecht	9
2.2	Die Funktion der Erbschaftsteuer zwischen Staatsfinanzierung und Umverteilung	13
2.2.1	Die grundgesetzliche Zuordnung der Besteuerungshoheiten	13
2.2.2	Steuerzweck und Finanzverfassung	15
2.2.3	Der Finanzierungszweck der Erbschaftsteuer	15
2.2.4	Die Umverteilungsfunktion der Erbschaftsteuer	20
2.2.5	Verhaltenssteuernde Elemente in der Erbschaftsteuer	26
2.3	Die Behandlung von Immobilienvermögen zwischen grundrechtlicher Privilegierung, gegenständlicher Freistellung und typisierender Berücksichtigung bei der Bemessung der Freibeträge	28
2.3.1	Die Mehrfachbegünstigung des Immobilienvermögens	30
2.3.2	Zur Inkohärenz des aktuellen bundeseinheitlichen Regelungsgefüges	38
2.4	Der Einfluss von Preis- bzw. Wertentwicklung und -unterschieden auf das (Erbschaft-)Steuerrecht	42
2.4.1	Inflation und Immobilienpreisanstieg	42
2.4.2	Auswirkungen auf das Steuerrecht	51
2.4.3	Schlussfolgerung	64

3	Rechtsvergleichende Umschau: Länderberichte zur Föderalisierung der Erbschaftsteuer	67
3.1	Schweiz	68
3.1.1	Überblick über das materielle Erbschaftsteuerrecht in der Schweiz	68
3.1.2	Koordination der Erbschaftsteuern im Bundesstaat.	73
3.2	Spanien.	82
3.2.1	Historische Entwicklung: Der Prozess der Dezentralisierung des Steueraufkommens sowie der Verwaltung und Regelungskompetenzen	84
3.2.2	Praktische Auswirkungen der Übertragung von Regelungskompetenzen im Bereich der Erbschaft- und Schenkungssteuer	87
3.2.3	Die unionsrechtliche Dimension der spanischen Regionalisierung normativer Kompetenzen im Bereich der Erbschaft- und Schenkungssteuer	91
3.2.4	Anknüpfungsmomente für Zwecke der Erbschaft- und Schenkungssteuer	93
3.2.5	Missbrauch von Anknüpfungspunkten und interregionale Konflikte.	94
3.3	USA	96
3.3.1	Überblick über die Erbschaftsteuersysteme in den USA.	96
3.3.2	Beschränkung der Steuerhoheit und verfassungsrechtlicher Rahmen	107
4	Zuständigkeits- und kollisionsrechtliche Grundlegung.	115
4.1	Die Teilföderalisierung im Kontext der geltenden erbschaftsteuerlichen Zuständigkeitsordnung	115
4.1.1	Die Zuständigkeitsordnung nach § 35 ErbStG	117
4.1.2	Auswirkung der Teilföderalisierung auf das anwendbare Recht	118
4.1.3	Keine Doppelbesteuerung	120
4.2	Regelungsmodelle für eine (Teil-)Föderalisierung der Erbschaftsteuer.	122
5	Auswirkungen einer (Teil-)Föderalisierung innerhalb des Steuerrechts.	129
5.1	Anknüpfung an den Erblasser-/Schenkerwohnsitz	129
5.1.1	Föderal liberalisierte Grundbesitzbewertung (§ 12 Abs. 3 ErbStG)	130
5.1.2	Föderal liberalisierte Freibeträge (§ 16 Abs. 1 ErbStG)	147
5.1.3	Föderal liberalisierte Steuersätze (§ 19 Abs. 1 ErbStG)	153
5.1.4	Übergreifende Effekte	157
5.1.5	Auswirkungen im sonstigen Steuerrecht	176

5.2	Anknüpfung an den Erben-/Beschenktenwohnsitz	182
5.2.1	Föderal liberalisierte Grundbesitzbewertung (§ 12 Abs. 3 ErbStG)	183
5.2.2	Föderal liberalisierte Freibeträge (§ 16 Abs. 1 ErbStG)	183
5.2.3	Föderal liberalisierte Steuersätze (§ 19 Abs. 1 ErbStG)	183
5.2.4	Übergreifende Effekte	183
5.2.5	Auswirkungen im sonstigen Steuerrecht	188
5.3	Anknüpfung an den Schwerpunkt des Gesamtvermögens.	188
5.3.1	Föderal liberalisierte Grundbesitzbewertung (§ 12 Abs. 3 ErbStG)	188
5.3.2	Föderal liberalisierte Freibeträge (§ 16 Abs. 1 ErbStG)	190
5.3.3	Föderal liberalisierte Steuersätze (§ 19 Abs. 1 ErbStG)	190
5.3.4	Übergreifende Effekte	190
5.3.5	Auswirkungen im sonstigen Steuerrecht	194
5.4	Anknüpfung an den Belegenheitsort des einzelnen Vermögensgegenstands	194
5.4.1	Ausschließlich gesonderte Bewertung.	195
5.4.2	Carve-Out-Modell	199
5.5	Föderale Freigabe (auch) des Erbschaftsteuerzuständigkeits- und -kollisionsrechts	200
5.5.1	Doppelbesteuerung und doppelte Nichtbesteuerung	201
5.5.2	Keine Anwendung der auf internationale Fälle bezogenen geltenden Entlastungsvorschriften.	203
5.5.3	Unilaterale Entlastungsvorschriften der Länder	203
5.5.4	Bi- und multilaterale Entlastungs- und Ko- ordinationsvorschriften	204
5.5.5	Zwischenergebnis	205
6	Steuerinduzierte Migration und sonstige steuerinduzierte Dispositionen	207
6.1	Vorbemerkung: Bedingungen für steuerinduziertes Verhalten.	207
6.1.1	Bedingungen für steuerinduzierte Migration.	208
6.1.2	Effektive Steuerbelastung als relevante Größe	208
6.1.3	Divergenz der effektiven Steuerbelastung zwischen den Ländern	209
6.1.4	Wohnsitzwechsel als Reaktion auf divergierende Steuerbelastung	209
6.1.5	Wirtschaftliche Disposition als Reaktion auf divergierende Steuerbelastung	210
6.2	Ökonomische Aussagen zur steuerinduzierten Wohnsitzverlegung durch den Erblasser	211
6.2.1	Modelle für Wohnsitzentscheidung natürlicher Personen . . .	211
6.2.2	Empirische Untersuchungen zu regionalen Unterschieden in der Erbschaftsteuer	212

6.2.3	Empirische Untersuchungen zu regionalen Unterschieden in anderen Steuerarten	222
6.2.4	Schlussfolgerung für die steuerinduzierte Migration des Erblassers.	224
6.3	Steuerinduzierte Wohnsitzverlegung durch Erben.	224
6.3.1	Keine empirischen Untersuchungen für die Wohnsitzverlagerung durch Erben.	224
6.3.2	Übertragung empirischer Erkenntnisse zum Wohnsitzwechsel des Erblassers	225
6.3.3	Übertragung empirischer Erkenntnisse zu anderen Steuerarten	226
6.3.4	Schlussfolgerung für die steuerinduzierte Migration von Erben	227
6.4	Sonstige wirtschaftliche Dispositionen als Reaktion auf eine divergierende Steuerbelastung	228
6.4.1	Grundüberlegungen	228
6.4.2	Mögliche Reaktionen.	229
6.4.3	Schlussfolgerung	233
7	Auswirkungen auf die Gestaltung der Rechtsnachfolge von Todes wegen und von Schenkungen	235
7.1	Anknüpfung an den Erblasser-/Schenkerwohnsitz	237
7.1.1	Statische Konstellationen.	237
7.1.2	Dynamische Konstellationen	239
7.2	Anknüpfung an den Erben-/Beschenktenwohnsitz	254
7.2.1	Anwendung des Landesrechts des jeweiligen Erwerberwohnsitzes.	255
7.2.2	Anwendung des Landesrechts auf Grundlage nur eines Erwerberwohnsitzes.	271
7.3	Anknüpfung an den Schwerpunkt des Gesamtvermögens.	272
7.3.1	Statische Konstellationen.	273
7.3.2	Dynamische Konstellationen	275
7.4	Anknüpfung an den Belegenheitsort des einzelnen Vermögensgegenstands	276
7.4.1	Ausschließlich gesonderte Bewertung.	276
7.4.2	Carve-Out-Modell	279
8	Föderale Liberalisierung, höherrangiges Recht und innerdeutscher Steuerwettbewerb – Grenzen divergierender Steuersysteme	283
8.1	Verfassungs- und unionsrechtliche Schranken föderaler Gestaltungsmacht.	285
8.1.1	Verfassungsrechtliche Einschränkungen	285
8.1.2	Unionsrechtliche Einschränkungen	289
8.1.3	Zwischenergebnis	291
8.2	Einschränkung föderaler Gestaltungsmacht durch Mindestvorgaben auf Bundesebene	292

8.2.1	Funktionsweise des Mindesthebesatzes in der Gewerbsteuer	292
8.2.2	Verfassungsrechtliche Zulässigkeit bundesrechtlicher Mindeststandards	294
8.3	Auswirkungen und Anpassungsbedarf im System des Länderfinanzausgleichs	297
8.3.1	Systematik des bundesstaatlichen Finanzausgleichs	299
8.3.2	Normiertes Aufkommen innerhalb des sekundären horizontalen Finanzausgleichs	301
8.3.3	Ausklammerung der Erbschaftsteuer aus dem Finanzausgleich	319
9	Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussbetrachtung	325
9.1	Regelungstechnisch-systematische Verwerfungen infolge einer (Teil-)Föderalisierung der Erbschaftsteuer	325
9.2	Folgenabschätzung zum Ausweichverhalten der Steuerpflichtigen..	331
9.3	Auswirkungen auf die Gestaltung der Rechtsnachfolge von Todes wegen und von Schenkungen.	333
9.4	Auswirkungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs	336
9.5	Schlussbetrachtung: Die Erbschaftsteuer im föderalen Steuersystem	337
10	Anhang	343
10.1	Fragenkatalog des Bundesverfassungsgerichts	343
10.2	Erweiterte Tabellen zur Erbschaftsteuer in Spanien	345
	Literatur	351

Abkürzungsverzeichnis

A.A.	Andere(r) Ansicht
a.E.	am Ende
A3d.	Atlantic Reporter, Third Series
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Alt.	Alternative
Am. Econ. J. Econ. Policy	American Economic Journal: Economic Policy
Am. Econ. Rev.	American Economic Review
Am. Sociol. Rev.	American Sociological Review
Ann. Reg. Sci.	The Annals of Regional Science
AO	Abgabenordnung
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
AUD	Australische Dollar
Aust. Bull. Labour	Australian Bulletin of Labour
BauGB	Baugesetzbuch
BayFAG	Bayerisches Finanzausgleichsgesetz
Bd.	Band
bearb.	bearbeitet
BeckOGK	Beck'scher Online-Großkommentar
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Beschl.	Beschluss
BewG	Bewertungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Nicht zur amtlichen Veröffentlichung vorgesehene Entscheidungen des Bundesfinanzhofs

BFHE	Amtliche Entscheidungssammlung des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGer	Bundesgericht (Schweiz)
BGE	Amtliche Entscheidungssammlung des Schweizer Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Amtliche Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
bzw.	Beziehungsweise
C.F.R.	Code of Federal Regulations (USA)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CHF	Schweizer Franken
Conn.	Connecticut/Connecticut Reports
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
Ct. Spec. App.	Court of Special Appeals
d. h.	das heißt
DAX	Deutscher Aktien-Index
DB	Der Betrieb
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DJT	Deutscher Juristentag
DM	Deutsche Mark
DNotZ	Deutsche Notarzeitschrift
DSi	Deutsches Steuerzahlerinstitut
DStJG	Deutsche Steuerjuristische Gesellschaft
DStR	Deutsches Steuerrecht
dt.	deutsch
ECLI	European Case Law Identifier
Econ. Anal. & Policy	Economic Analysis and Policy
Econ. J.	The Economic Journal
EE	Erbrecht effektiv
EG	Europäische Gemeinschaft

EL	Ergänzungslieferung
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis
ErbStB	Der Erbschaftsteuerberater
ErbStG	Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz
ErbStG-BL	Erbschaftsteuergesetz des Kantons Basel-Landschaft
ErbStG-ZH	Erbschaftsteuergesetz des Kantons Zürich
ErbStR	Erbschaftsteuerrichtlinien
ErbStRG	Erbschaftsteuerreformgesetz
ESchStR	Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht
EStG	Einkommensteuergesetz
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUR	Euro
et al.	et alia (und andere)
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
FAG	Finanzausgleichsgesetz
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung
FinArch	FinanzArchiv
Fisc. Stud.	Fiscal Studies
Fn.	Fußnote
fortgef.	fortgeführt
FR	Finanzrundschau
FS	Festschrift
G.	Gesetz
GBL	Gesetzblatt
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GFG-NRW	Gemeindefinanzierungsgesetz (Nordrhein-Westfalen)
GG	Grundgesetz
ggf.	Gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GrEStG	Grunderwerbsteuergesetz
GrStG	Grundsteuergesetz
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
Halbs.	Halbsatz
Hbd.	Halbband
HdB	Handbuch
HE	Hessen
HH	Hamburg
HmbSOG	Hamburgisches Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 14. März 1966, GVBl. 1966, 77
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben

HStR	Handbuch des Staatsrechts
i. d. F.	in der Fassung
ifo	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
ifst	Institut Finanzen und Steuern e.V.
IMF	International Monetary Fund
IRS	Internal Revenue Service
IW	Institut der deutschen Wirtschaft
J. Econ. Perspectives	Journal of Economic Perspectives
J. Gerontol. B	The Journals of Gerontology, B Series
J. Money, Credit & Bank.	Journal on Money, Credit and Banking
J. Political Econ.	Journal of Political Economics
J. Pub. Econ.	Journal of Public Economics
J. Reg. Anal. & Policy	The Journal of Regional Analysis and Policy
J. Reg. Sci.	Journal of Regional Science
J. Urb. Econ.	Journal of Urban Economics
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JRC	Joint Research Centre: EU Science Hub
jurisPK	juris Praxiskommentar
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KRS	Kentucky Revised Statutes
Land Econ.	Land Economics
LISER	Luxembourg Institute of Socio-Economic Research
LMSD-VD	Loi sur les successions et donations (Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz) des Kantons Waadt
LOFCA	Ley Orgánica 8/1980, de 22 de septiembre, de Financiación de las Comunidades Autónomas
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
m ²	Quadratmeter
MaßstG	Maßstäbengesetz
Md.	Maryland
Md. App.	Maryland Appellate Reports
Mio.	Million(en)
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MüKo	Münchener Kommentar
N.Y. Tax L.	New York Tax Law
Nat. Inst. Econ. Rev.	National Institute Economic Review
Natl. Tax J.	National Tax Journal
NBER	National Bureau of Economic Research
Neb. Rev. Stat.	Nebraska Revised Statutes
NI	Niedersachsen
NJ	Neue Justiz

NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Rechtsprechungs-Report der Neuen Juristischen Wochenschrift
No./Nr.	Nummer
NTA	National Tax Association
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OLG	Oberlandesgericht
Or.	Oregon
P.3d	Pacific Reporter, Third Series
P.S.	Purdon's Pennsylvania Statutes and Consolidated Statutes
Publius J. Fed.	The Publius Journal of Federalism
PWP	Perspektiven der Wirtschaftspolitik
QTIP	Qualified Terminable Interest Property
Qu. J. Econ.	The Quarterly Journal of Economics
RCW	Revised Code of Washington
Res. Aging	Research on Aging
Rev. Income & Wealth	Review of Income and Wealth
Rev. Econ. & Stat.	Review of Economics and Statistics
Rev. Econ. Stud.	Review of Economic Studies
RGBL	Reichsgesetzblatt
Rn.	Randnummer
RP	Rheinland-Pfalz
S.	Seite
S.Ct.	Supreme Court
SchBV	Schweizer Bundesverfassung
SCOTUS	Supreme Court of the United States of America (Oberster Gerichtshof)
SL	Saarland
Southern Econ. J.	Southern Economic Journal
StG-AG	Steuergesetz des Kantons Aargau
StG-BS	Steuergesetz des Kantons Basel-Stadt
StuW	Steuer und Wirtschaft
SZ	Süddeutsche Zeitung
Tax L. Rev.	Tax Law Review
TC	Tax Court
TS	Tribunal Supremo
u. a.	und andere
U.S.	U.S. Reports
U.S.C.	United States Code
Urt.	Urteil
US-ABl.	Amtsblatt der Militärregierung Deutschland

USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USD	US-amerikanische Dollar
v.	vom/von
v. H.	vom Hundert
Var.	Variante
vgl.	vergleiche
vs.	versus
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
Wash.	Washington
Wash. 2d	Washington Official Reporter, Second Series
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZEVI	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZIB	Zeitschrift für Internationale Beziehungen

Tabellenverzeichnis

Tab. 3.1	Berechnung der (Erbschaft-)Steuerbelastungen in Fallbeispiel 5 . . .	89
Tab. 3.2	Berechnung der (Schenkungs-)Steuerbelastung in Fallbeispiel 6 . . .	90
Tab. 3.3	Historische Spitzensteuersätze der Nachlasssteuern (2000–2025) . . .	100
Tab. 3.4	Historische Spitzensteuersätze der Erbanfallsteuern (2000–2025) . . .	102
Tab. 3.5	(Erbschaft-)Steuerbelastung in verschiedenen Bundesstaaten der USA in Fallbeispiel 7	105
Tab. 10.1	Erweiterte Berechnung der (Erbschaft-)Steuerbelastungen in Fallbeispiel 5	346
Tab. 10.2	Historische Entwicklung der Erbschaftsteuerbelastung.	347
Tab. 10.3	Erweiterte Berechnung der (Schenkungs-)Steuerbelastung in Fallbeispiel 6	348
Tab. 10.4	Historische Entwicklung der Schenkungssteuerbelastung	349